



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Zahl der Drogentoten in Bayern deutlich senken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der Drogentoten in Bayern nachhaltig zu senken und ihre aus dem Jahr 2007 stammenden „Grundsätze für Drogen- und Suchtfragen“ grundlegend zu überarbeiten und an die neuen suchtpolitischen Gegebenheiten anzupassen. Drogenprävention muss mit passgenauen Angeboten bezüglich der konsumierten Substanzen und der konsumierenden Zielgruppen verstärkt und zielgenauer gemacht werden. Auf die fachliche Expertise der Bayerischen Bezirke soll dabei zurückgegriffen werden.

Begründung:

Der aktuelle Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung zeigt einmal mehr, dass die Drogenpolitik der Staatsregierung grandios gescheitert ist. Bayern hatte im Jahr 2015 mit 2,5 Drogentoten je 100.000 Einwohner die mit Abstand höchste Drogenmortalität aller Flächenländer aufzuweisen. Die Drogenmortalität in Bayern lag im Jahr 2015 um vierzig Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Bayern ist das einzige Bundesland, in dem die Drogenmortalität zwischen 2003 und 2015 signifikant um rund ein Drittel zugenommen hat. Andere Bundesländer konnten die Drogenmortalität im selben Zeitraum hingegen deutlich reduzieren: Niedersachsen und das Saarland um rund vierzig Prozent; Nordrhein-Westfalen um mehr als die Hälfte; Hessen um fünf Prozent; Berlin und Hamburg um rund zehn Prozent.

Die „Grundsätze der Bayerischen Staatsregierung für Drogen und Suchtfragen“ sind inzwischen zehn Jahre alt und bedürfen einer Evaluation und grundlegenden Neuausrichtung. Der Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung wird in jährlichem Abstand aktualisiert und neu vorgelegt. Auch einige Bundesländer wie zum Beispiel Sachsen aktualisieren ihre drogen- und suchtpolitischen Konzepte in regelmäßigen und kürzeren Abständen.